Von: Eckart Kühne

An: d115@stadt-chemnitz.de

Betreff: Vertrag über Verbot von Atomwaffen

Datum: Fri, 22 Jan 2021 09:08:52 +0100

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

heute tritt der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Kraft.

Dies ist ein wichtiger Schritt dahin, dass nukleare Waffen und deren ungeheures Vernichtungspotential geächtet werden, ein Geschenk für die gesamte Menschheit. Auf der ganzen Welt haben Aktive seit langer Zeit auf diesen Tag hingearbeitet. Heute können und werden wir diesen Erfolg endlich feiern.

Bereits in den vergangenen Tagen gab es in verschiedenen Städten erste Veranstaltungen zum Inkrafttreten des Vertrags. Heute wird es in rund 80 Städten Aktivitäten aus der Friedensbewegung geben, von denen ein deutliches Zeichen an die Bundesregierung gesendet wird:

Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag endlich beitreten!

Es gibt eine starke lokale Verankerung der Forderung nach dem Verbot von Atomwaffen.

Es ist kein abgehobenes Thema, sondern es brennt vielen Menschen im ganzen Land unter den Nägeln, endlich wieder, dank der langen Vorarbeit.

Zum Ausdruck kommt dies auch in der starken Unterstützung, die die Friedensbewegung und weitere viele Engagierte durch ihre Bürgermeister*innen erhalten.

Die Flagge der Mayors for Peace wird deshalb vor den Rathäusern in etlichen Städten gehisst, um dem Wunsch nach einer Welt ohne Atomwaffen Ausdruck zu verleihen. Chemnitz hat sich vor Jahren Mayors for Peace angeschlossen.

Auf der Homepage der Stadt fand ich leider nichts zum Thema.

Wird Chemnitz am Rathaus die Flagge ebenfalls hissen oder wenn nicht, warum nicht? Chemnitz würde ein wichtiges Zeichen hin zum Frieden und weg von der ständigen gegenseitigen Bedrohung der Länder ungenutzt lassen.

Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ist jetzt eine Realität.

Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Erwerb, Besitz, Testung und der Einsatz von Atomwaffen sind ab sofort für die Vertragsstaaten verboten.

Die Welt wird sich nun auf vielfältige Weise verändern.

Für die Staaten, die Banken und Finanzinstitute, die Firmen sowie die Menschen, die Opfer der nuklearen Abschreckung wurden.

Die Bundesregierung darf ihre Augen nicht weiter verschließen und muss endlich beitreten.

Die Städte können dafür wichtige Unterstützung geben und Druck aufbauen. Häufig haben wir in den vergangenen Jahren gehört, Deutschland könne dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) nicht beitreten, weil dieser mit dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nicht kompatibel sei.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat sich mit diesem Thema befasst, eine neue Ausarbeitung

https://www.bundestag.de/resource/blob/814856/28b27e2d04faabd4a4b %0Ac0bfd0579658c/WD-2-111-20-pdf-data.pdf?fbclid=lwAR3QQ6GeIGCCfgWSJ %0AXzDO3RDJWFurCEANoUQS0Z8IM8MR1oM0_nrYjeY_Ys

veröffentlicht und hat herausgefunden:

"[...] Der AVV steht juristisch nicht in Widerspruch zum NVV. Die rechtliche "Fortschreibung" des AVV besteht vor allem darin, dass er – im Gegensatz zum NVV – konkrete Abrüstungsverpflichtungen enthält und die Strategie der nuklearen Abschreckung delegitimiert. 104 Mit diesem Vertragszweck verbindet sich offensichtlich die Hoffnung zahlreicher Staaten, die dem AVV in den letzten Jahren beigetreten sind.

•••

Der AVV unterminiert den NVV nicht, sondern ist Bestandteil einer gemeinsamen nuklearen Abrüstungsarchitektur. Der AVV ist daher auch kein Hemmnis für die nukleare Abrüstung, hätten die NVV-Staaten nur den politischen Willen dazu. [...]" Mit freundlichen Grüßen, E. Kühne.

P. S.: siehe auch

https://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/ef1b581bc533528724a92a %0A2095ec5dd8/buechel-ist-ueberall-atomwaffenfreijetzt-feiert-das-in%0A.html